

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten
frei ins Haus monatlich 4.00 Mark;
bei den Postämtern vierteljährlich
12.00 Mark, monatlich 4.00 Mark.
Erscheint wochentlich.

Verantwortl. Redakteur: Hr. 63.
Telegraphen: Tageblatt Erzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Auer.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 296

Mittwoch, den 21. Dezember 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Ueberwachungskommission der Entente hat von der Reichsregierung den Militäretat für das kommende Etatsjahr vor seiner parlamentarischen Einbringung eingefordert.

Bei der gestrigen Konferenz in London hat Lloyd George für Anfang Februar eine Panmächtekonferenz vorgeschlagen, zu der auch Vertreter Russlands und Deutschlands eingeladen werden sollen.

Durch französisches Dekret sind weitere 23 deutsche Kriegsgefangene begnadigt worden.

England hat offiziell dem Balfourbund die Abschaffung der Unterseeboote als Kriegesfahrzeuge für alle Balfourbundsstaaten vorgeschlagen.

Der schwedische Reichstag ratifizierte gestern einstimmig den Vertrag über die Nichtbestrafung und Neutralisierung der Landsinseln.

Der Reformplan Lloyd Georges.

In Nachrichten über englische Pläne, die aus französischer Quelle kommen, muß man immer mit einer gewissen Vorsicht aufnehmen. Das gilt auch von Lloyd Georges angeblichen Revisionsplänen für die Reparationen. Wenn man Philippe Millet im Petit Parisien glauben will, dann ist allerdings in der Unterredung, die jetzt in London zwischen Briand und Lloyd George stattfindet, das Reparationsproblem von Grund aus aufgelöst. Wenn England auf seinen Anteil an der Reparation verzichtet und Frankreich zudem die Priorität für seine Wiederaufbauforderungen einräumt, dann wäre das allerdings im Zusammenhang mit der Reduzierung der deutschen Verpflichtungen auf die reinen Wiederaufbaufragen eine erhebliche Reform. Aber England soll noch weitergehen wollen. Es will ein Abkommen, demzufolge die europäischen Staaten Frankreich, Italien, Deutschland und England ein Bündnis schließen, das Frankreich sichert und zugleich die Besatzung am Rhein aufhebt. Natürlich hat England auch seine Wünsche im Osten. Hier möchte es Smolna zum Freistaat nach Danziger Muster erheben, und Rußland soll wieder in die Weltwirtschaft einbezogen werden. Ganz anders lauten freilich die Pariser Pressestimmen über die französischen Vorschläge. Danach will man das Garantiekomitee mit weitreichenden Kontrollbefugnissen ausstatten und Deutschland in seinen Ausgaben wesentlich beschränken. Die nationalistischen Blätter reden von einem inneren Moratorium. Als ob wir unsere Beamten, Kriegsbeschädigten und Sozialrentner einfach mittellos lassen könnten! Das müßte ja zu einer inneren sozialen Revolution führen. Es ist geradezu monströs, wie sich in den Hirnen gewisser durch keinerlei Sachkenntnis belasteten französischen Journalisten die deutschen Verhältnisse malen. Vorläufig hören wir also die weitgehende Vorkaufsüber Lloyd Georges angebliche Pläne und die übertriebenen Drohungen aus Paris. Und was wird das tatsächliche Ergebnis werden? Es wird gut sein, auch diesmal vor jedem Optimismus zu warnen. Denn bisher haben eigentlich nur die pessimistischen Recht behalten.

Das angebliche Bündnis mit Deutschland.

Der Gedanke eines Bündnisses zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien ist von dem Petit Parisien Lloyd George unterstellt worden, und wenn auch die Havas-Agentur ein Dementi bringt, so verdient die Tatsache doch eine besondere Behandlung, daß ein Pariser Blatt einen solchen Plan bespricht. Es ist sehr fraglich, ob ein solcher Plan wirklich bei dem britischen Premierminister besteht und noch fraglicher würde es sein, ob ein französischer Ministerpräsident ihn zu diskutieren wagte. Das schließt freilich nicht aus, daß er das allein Vernünftige wäre. Die Menschen, die von Wirtschaft etwas verstehen, sind sich längst klar darüber, daß nach dem furchtbaren Ueberlah des Krieges eine europäische Rettung nur möglich ist, wenn man die unproduktiven Ausgaben für Rüstungszwecke auf das Alleräußerste einschränkt. Die französischen Besatzungshere treffen alle Wiedergutmachungsmöglichkeiten auf. Darum wäre es nicht nur im deutschen sondern auch im französischen Interesse gelegen, wenn die Besetzung aufhört und der Frieden durch ein wechselseitiges Abkommen garantiert würde, ohne

wie man es jetzt im fernen Osten gemacht hat. Ueberleider ist das Vernünftige in Frankreich gewöhnlich, dazu da, nicht getan zu werden.

Die Wahrheit marschiert!

Unparteiliche Untersuchung der Kriegsschuldfragen durch einen Ausschuss von Neutralen.

Gestern, am 20. Dezember, war ein Jahr verfloßen, seitdem der britische Premierminister vor einer Versammlung von Londoner City-Kaufleuten in seiner Rede über die Schuld am Weltkriege vor aller Welt feststellte: Keiner der europäischen Staatsmänner hat 1914 den Krieg gewollt; sie splitterten, glitten, taumelten in den Weltkrieg hinein. Die Bedeutung dieser Versicherung erhellt daraus, daß sie von einem Mann gemacht worden ist, der in dem Richterkollegium, das vor beinahe drei Jahren durch den Artikel 231 des Versailler Friedens Deutschlands Schuldbekenntnis erzwang, eine führende Rolle gespielt hat. Lloyd George hat es später zwar fertiggebracht, anders herum zu reden; aber die Wahrheit aufhalten kann er auf die Dauer nicht. Die Wahrheit marschiert! Unbestechliche Richter unter den Neutralen, ehemalige Minister und Dozenten, Gelehrte, Bischöfe, Schriftsteller und Künstler von Welt Ruf, haben jetzt einen neutralen unparteilichen Ausschuss gebildet, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Kriegsschuldfrage unparteilich zu untersuchen. Nicht nur die Schuld am Ausbruch des Krieges, sondern auch die Frage der Verantwortlichkeit für die Kriegsführung und vor allem der Kriegsschuld (die Verletzung der 14 Punkte Wilsons, der Waffenstillstand und das Verbrechen des Versailler Friedens) werden im Wiederaufnahmeverfahren vor ein unbestechliches Richterkollegium gelangen. Am 5. Januar 1922 wird im Nobelinstitut zu Christiania die Eröffnungsversammlung des neutralen Ausschusses stattfinden, wonach der Sitz wahrscheinlich nach der holländischen Hauptstadt verlegt werden wird. Die skandinavischen Länder, Holland, die Schweiz, Spanien und einige südamerikanischen Republiken werden dazu ihre Vertreter entsenden. Alle Regierungen der an dem Krieg beteiligten Länder werden erlucht werden, ihre Archive zu öffnen und Vertreter zu entsenden, um mit dem Ausschuss zusammen zu arbeiten. Reichliche Geldmittel sind bereits gesammelt (um Mißdeutungen zu verhüten, wird von den besiegten Ländern kein Pfennig Beitrag angenommen werden!); Material, auch bisher unberücksichtigtes, liegt in Fülle vor. Die Wahrheit marschiert! Weder Lloyd George, der den Stein durch seine Rede vom 20. Dezember 1920 ins Rollen gebracht hat, noch seine Helfershelfer werden sie nun aufhalten können.

Dr. Simons gegen Hindenburg.

Reichsminister a. D. Dr. Simons veröffentlichte einen offenen Brief an Generalfeldmarschall v. Hindenburg, in dem er unter Hinweis auf den dieser Tage in der Presse veröffentlichten Brief Hindenburgs, dessen Ausführungen über die Haltung Dr. Simons zur Schuldfrage auf der Londoner Konferenz als schwere Ungerechtigkeit bezeichnet und erklärt: In Versailles haben wir die alleinige Verantwortung für den Krieg auf uns genommen. In London habe ich hiergegen Verwahrung eingelegt und mich auf ein gerechtes Urteil der Geschichte berufen. Gegenüber der damals von Lloyd George aufgeworfenen Frage: Wann beginnt die Geschichte? erklärte Dr. Simons, die Geschichte habe ihre Arbeit in der Schuldfrage schon begonnen.

Das Ergebnis der Grenzkommission.

Die Grenzkommission hat die Demarkationslinie im ober-schlesischen Industriegebiet festgelegt. Die wichtigsten Entscheidungen sind folgende:

1. In der Gegend Ribrowitzer Hammer kleiner polnischer Gebietsaustausch mit dem Ergebnis, daß die Kleinbahn Rauden-Gleiwitz auch hier auf deutsches Gebiet zu liegen kommt. Ribrowitzer Hammer ist deutsch geblieben.

2. Ebenso verblieben die Delbrück-Schächte bei Deutschland. Die auf polnischem Gebiet zur Grubenanlage gehörenden Bauarbeiten sind bis zur Wagnitz-Makoschau-Gleiwitz zu Deutschland geschlagen worden.

3. Die Königin-Luise-Grube erhält ihre drei lebenswichtigen Schächte Gläus, Ruda und Georg, sowie ihre gesamten Grubenfelder bis zum östlichen und südlichen Marktscheid zurück, mit Ausnahme der Kolonie Gläus, des Kirchhofes von Ruda und der Fläche von Ruda bis Poremba.

4. Weder ist es nicht gelungen, Ruda-Hammer einschließlich des dortigen wichtigen Straßenstückes der elektrischen Bahn und des Knappschachtlazarettes für Deutschland zurückzugewinnen. Die nördlich der Ortshaus gelegenen Teile der Gemarkung Ruda (Grubenfelder von Borzig und Schaffgotsch) sind Deutschland zurückgegeben worden.

5. Zwischen Ruda-Hammer und Barnitz-Freudenschacht bildet auf Grund kleinen Gebietsaustausches das Weuthener Wasser die polnische Grenze.

6. Die Anlagen des Barnitz-Freudenschachtes sind polnisch geworden.

7. Deutlich Weuthen keine Veränderungen gegenüber der Senfer Entscheidung, so daß der auf Rosenbergen gelegene Teil des Bleichharleher Grubenfeldes deutsch geblieben ist.

8. Bei Mi-Gorogko wurde die Grenze um annähernd 150 Meter von der in Polen gelegenen Andalusfabrik abgerückt, ebenso der über die genannte Bahn hinausgehende Teil des Zinkbergwerkes Fiedlers Gläus zu Polen geschlagen. Alle übrigen Teile von Fiedlers Gläus sind bei Deutschland geblieben.

9. Die Reuhof-Grube mit dem Rest des Zinkbergwerkes Reuhof ist Deutschland zurückgegeben worden.

10. Die weiterhin von der deutschen Delegation geforderte Rückgabe des Radstonschachtes der Jagz-Zinkhütte und des Straßenwalbes ist verweigert worden.

Ein Weltwirtschaftskongreß?

Der Intransigent glaubt zu wissen, daß man in London von der Abhaltung einer allgemeinen Konferenz spreche, deren Tagungsort Konstantinopel sein könnte. Stinnes habe gelegentlich seiner Anwesenheit in London Lloyd George tatsächlich gesprochen und ihm die Ausbeutung der russischen Bahnen durch eine Gesellschaft von Industriellen angetragen, die später auch andere Eisenbahnen in den europäischen Ländern erwerben könnte, um einen Trust mit amerikanischen und englischen Mitteln zu bilden. Der Plan sei von Lloyd George beifällig aufgenommen worden. Ein hochgestellter französischer Politiker, mit dem er die Fahrt nach London zusammen machte, erklärte dem Berichterstatter, man stehe vor einem Weltwirtschaftskongreß, der die Fragen zu prüfen haben wird, wie das finanzielle Gleichgewicht der Welt wiederhergestellt werden kann. Nach dem Sieg habe man bebauerlichermesse von hohen Persönlichkeiten, sogar von Ministern von der Kammertribüne herab das Versprechen hören müssen. Die Deutschen würden sogar die Zigarren, die die Franzosen rauchten, bezahlen. Das seien letzte Worte gewesen die heute Franzosen, Belgiern und Italienern, nachdem man ihnen die Wahrheit zu sagen gezwungen war, eine grausame und vielleicht sogar gefährliche Enttäuschung bereitet. Es gebe in Deutschland Männer in der Regierung, die die Ueberzeugung haben, daß Deutschland an der Wiedergeburt der Welt mitwirken könne, doch müsse man den Deutschen praktische Mittel gewähren, damit sie dies tun könnten.

Kleine politische Meldungen.

Rathenau Unterhandlungen. Wie der Petit Parisien aus London berichtet, hat Dr. Rathenau Montagabend Horne einen Besuch abgestattet. Nach dem Mann ist es wahrscheinlich, daß Dr. Rathenau und Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der Kriegslastenkommission in Paris, informatorisch gehört werden, wenn die französisch-britischen Verhandlungen zu einem grundsätzlichen Einverständnis geführt hätten.

Verringern der interalliierten Militärkontrollkommissionen. Von unterrichteter Seite wird berichtet, daß die interalliierten Militärkontrollkommissionen am 1. Januar auf ein Drittel ihres Bestandes verringert werden sollen. Die Unterkommissionen in Dresden, München, Hamburg, Königsberg und Wien sollen angeblich aufgelöst werden. Die Ueberwachung des Bereiches dieser Unterkommissionen werde in Zukunft von der Zentrale Berlin aus unmittelbar erfolgen.

Ein Doh für Reichsanwalt Wirth. Wie Daily Chronicle berichtet, wies Lloyd George bei der Erörterung mit Briand darauf hin, daß man eine stabilere Regierung als die von Wirth nicht erzielen könne. In London sei man der Ansicht, daß die Regierung Wirth eine ehrliche Regierung sei, die, wenn sie zuweilen getrieben werde, wahrscheinlich einer anderen Regierung den Weg räumen müsse, die weit weniger ehrlich und weniger bereitwillig wäre.

Kein Verzicht Amerikas auf die ausländischen Schulden. Der Herald meldet aus New York, der Senatsausschuß hat vor seiner Vertagung bis 10. Januar einstimmig eine Resolution Pariser angenommen, in der der Präsident erlucht wird, eine Verpflichtung